

Förderungsrichtlinie

für die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs
im Rahmen des Wasserstoffförderungsgesetzes

Aufgrund des §7 Wasserstoffförderungsgesetz (WFöG)¹, BGBl. I Nr. 69/2024 idgF,
wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und dem
Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft angeordnet:

Präambel

Die österreichische Bundesregierung hat das Ziel gesetzt, in Österreich bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Die Erzeugung und der Einsatz von erneuerbarem Wasserstoff ist ein wichtiger Wegbereiter, welcher die Klimaneutralität vor allem in schwer zu dekarbonisierenden Sektoren sicherstellen und den Weg zu einem erneuerbaren Energiesystem maßgebend unterstützen kann. Die österreichische Wasserstoffstrategie sieht vor, dass bis 2030 1 GW Elektrolysekapazitäten zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff in Österreich installiert werden. Ebenso sieht die Erneuerbaren-Energie Richtlinie (RED III) Ziele für den Einsatz von erneuerbarem Wasserstoff in der Industrie vor.

Mit der Erlassung des Wasserstoffförderungsgesetzes wurde ein finanzieller Rahmen geschaffen, um die Errichtung und den Betrieb von Produktionsanlagen für erneuerbaren Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs am Standort Österreich, und damit die Ziele der österreichischen Wasserstoffstrategie und die Erreichung der Ziele der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie, langfristig zu unterstützen. Dies ist notwendig, um die bestehende Kostenlücke zwischen erneuerbarem Wasserstoff und fossile Alternativen zu schließen, Angebot und Nachfrage für Wasserstoff zusammenzuführen und damit eine Marktbildung zu ermöglichen.

¹ Bundesgesetz über die Förderung der Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs (Wasserstoffförderungsgesetz – WFöG), BGBl. I Nr. 69/2024 idgF.

Von den im Wasserstoffförderungsgesetz festgeschriebenen Fördermitteln werden bis zu 400 Mio. durch die Teilnahme Österreichs an der wettbewerblichen Auktion des EU-Innovationsfonds bzw. der Europäischen Wasserstoffbank (IF24 Auction) 2024 vergeben („Auctions-as-a-Service“-System). Durch dieses „Auctions-as-a-Service“-System (AaaS) können die EU-Mitgliedsstaaten zusätzliche, nationale Budgetmittel für die Vergabe von Fördermitteln für erneuerbare Wasserstofferzeugungsprojekte nutzen, die in ihrem Hoheitsgebiet angesiedelt sind und gleichzeitig auf den EU-weiten Auktionsmechanismus des Innovationsfonds zurückgreifen, um die wettbewerbsfähigsten Projekte zu ermitteln.

Das AaaS sieht die Förderung von erneuerbaren Wasserstofferzeugungsprojekten unter denselben Bedingungen, wie sie für direkt vom Innovationsfonds finanzierte Projekte gelten, vor. Dahingehend werden die Förderbedingungen der Europäischen Kommission „Innovation Fund IF24 Auction“ in den gegenständlichen Förderbedingungen für die nationale Wasserstoffförderung übernommen.

Die österreichischen Projekte bzw. Gebote werden im wettbewerblichen Auktionsverfahren des EU-Innovationsfonds durch die Projektwerber eingereicht und durch die Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) bewertet und gereiht. Nationale Projekte, die von der CINEA positiv bewertet wurden und die ihr Interesse an einer AaaS-Teilnahme bekundet haben, können für eine Förderung aus nationalen Budgetmitteln in Betracht kommen, wenn die Mittel des Innovationsfonds nicht ausreichen, um diese Projekte zu fördern. Insgesamt können bis zu 300 MW Elektrolysekapazität durch nationale Mittel gefördert werden.

Dabei führt die CINEA die im Auktionsdesign vorgesehenen Qualifikationsprüfungen der Projekte bzw. Gebote durch und informiert die an AaaS teilnehmenden Mitgliedstaaten über die daraus resultierende Gebotsreihenfolge aller Projekte, die die Qualifikationsanforderungen erfüllen. Die Mitgliedstaaten müssen die sich aus der Auktion ergebende Gebotsreihenfolge in ihren Fördervergaben vollständig einhalten.

Das Verfahren „Auction-as-a-Service“ (AaaS) wird nach folgendem Schema durchgeführt²:

² [Auctions-as-a-Service for Member States](#)

1. Einleitung der Auktion durch CINEA

Die Pilotauktion des Innovationsfonds wird von der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) zum angekündigten Starttermin eröffnet. Dies erfolgt über das Finanzierungs- und Ausschreibungsportal der Europäischen Kommission.

2. Einreichung von Projekten

Projektentwickler reichen ihre Projektvorschläge über das Finanzierungs- und Ausschreibungsportal der CINEA ein. Dabei geben sie auch an, ob sie daran interessiert sind, für eine Förderung aus dem nationalen AaaS-Finanzierungsfenster in Betracht gezogen zu werden.

3. Bewertung und Reihung der Projekte

Alle eingereichten Projekte werden von der CINEA den vorgesehenen Qualifikationsprüfungen unterzogen, den Auktionsbedingungen entsprechend bewertet und gereiht.

4. Zuweisung von Mitteln aus dem Innovationsfonds

Nach Abschluss der Bewertung werden die niedrigsten Gebote entsprechend der Reihung so lange aus dem Budget des EU-Innovationsfonds finanziert, bis dieses erschöpft ist. Projekte, die alle Kriterien erfüllen, aber aufgrund der Budgetgrenze des EU-Innovationsfonds nicht finanziert werden konnten, werden auf eine Reserveliste des EU-Innovationsfonds aufgenommen.

5. Zuweisung nationaler Mittel über das AaaS-System

Vorab ausgewählte Projekte, die die Qualifikationskriterien erfüllen, jedoch aufgrund der Reihung nicht im Budget des EU-Innovationsfonds berücksichtigt werden können, die ihr Interesse an einer AaaS-Teilnahme bekundet haben, und innerhalb des budgetären Rahmens des nationalen AaaS-Finanzierungsfensters liegen, werden den teilnehmenden Mitgliedstaaten gemeldet.

- Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die Reihung auf Basis der Gebotspreise zu übernehmen.
- Die niedrigsten Gebote können im Rahmen des nationalen Budgets entsprechend dieser Reihung gefördert werden.
- Dazu erhält der Mitgliedstaat die Reihungsliste der vorausgewählten nationalen Projekte von der CINEA. Im Falle eines Rückzugs eines Projekts in der Vorbereitung zur Fördervertragsunterzeichnung erfolgt die Koordination zwischen dem Mitgliedstaat und der Kommission, um nationale Ersatzprojekte aus der EU-Reserveliste des Innovationsfonds zu berücksichtigen.

Die CINEA ist für die Vergabe, Vertragsgestaltung und Überwachung der Förderungen für Projekte im Rahmen des Budgets des EU-Innovationsfonds verantwortlich.

Die Mitgliedstaaten sind für die Vergabe, Vertragsgestaltung und Überwachung der Förderungen für Projekte im Rahmen ihrer jeweiligen nationalen Budgets verantwortlich.

Allgemeine Zielsetzung

§ 1.(1) Ziel der Wasserstoffförderung ist gemäß § 1 Wasserstoffförderungsgesetz (WFöG) die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs in Österreich zu erhöhen, um das Ziel der Klimaneutralität und die Ziele der österreichischen Wasserstoffstrategie zu unterstützen.

(2) Zu diesem Zweck soll die Wasserstoffförderung gemäß § 3 Abs. 1 WFöG die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Umwandlung von Strom in erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs in Österreich beanreizen.

Klima- und Energiepolitische Zielsetzungen

§ 2. (1) In klima- und energiepolitischer Hinsicht sollen mit der Wasserstoffförderung Projekte gefördert werden, welche im Einklang mit der nationalen und unionsrechtlichen Zielsetzung der Klimaneutralität sind und auf die Ziele der österreichischen Wasserstoffstrategie angerechnet werden können und damit einen nachhaltigen Beitrag zur Dekarbonisierung des österreichischen Wirtschaftssystems leisten.

(2) Die Indikatoren zu den Zielen und zur Evaluierung sind der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen

§ 3. (1) Die gegenständlichen Richtlinien basieren auf folgenden nationalen und europäischen Rechtsgrundlagen:

1. Bundesgesetz über die Förderung der Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs (Wasserstoffförderungsgesetz – WFöG), BGBl. I Nr. 69/2024 idGF.;
2. Bundesgesetz über die Begründung von Bundesgesetz zur Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, BGBl. I Nr. 69/2024 idGF;
3. Mitteilung betreffend Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022, ABl. Nr. C 80 vom 18.2.2022, S.1; (iwF. kurz KUEBLL);
4. Förderbedingungen des Innovationsfonds der Europäischen Kommission „Innovation Fund IF24 Auction“³;

(2) Die Bestimmungen der Verordnung des Bundesministers für Finanzen über Allgemeine Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln (ARR 2014), BGBl. II Nr. 208/2014 idGF, sind subsidiär anzuwenden, sofern im Rahmen dieser Richtlinien keine oder keine von den ARR 2014 abweichenden näheren Regelungen getroffen werden.

(3) Bei Widersprüchen zwischen dieser Richtlinie und den Förderbedingungen der Europäischen Kommission „Innovation Fund IF24 Auction“, gelten die Förderbedingungen der Europäischen Kommission vorrangig.

Begriffsbestimmungen

§ 4 (1) „Leitlinien“ sind die Mitteilung betreffend Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022, ABl. Nr. C 80 vom 18.2.2022, S.1; (iwF kurz KUEBLL);

(2) „erneuerbarer Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs“ ist Wasserstoff, dessen Energiegehalt aus erneuerbaren Quellen mit Ausnahme von Biomasse stammt, der die Voraussetzungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung), ABl. Nr. L 328 vom 21.12.2018, S. 82, in der Fassung

³ [b996825e-cd36-44c1-895d-a780062f626d_en.europa.eu](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32024R0001)

ABl. Nr. L 1711 vom 26.06.2024, S. 1, und den darauf basierenden Delegierten Verordnungen⁴ der EU erfüllt;

(3) „Energie aus erneuerbaren Quellen“ oder „erneuerbare Energie“ im Sinne dieser Richtlinien bezeichnet Energie aus erneuerbaren, nichtfossilen Energiequellen, das heißt Wind, Sonne (Solarthermie und Photovoltaik), geothermische Energie, Salzgradient-Energie, Umgebungsenergie, Gezeiten-, Wellen- und sonstige Meeresenergie, Wasserkraft;

(4) „Anlage“ im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet Elektrolyseanlagen zur Umwandlung von Strom in erneuerbaren Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs;

(5) „Beginn der Arbeiten“ im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet entweder der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Anlagenteilen oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, wobei der früheste dieser Zeitpunkte maßgebend ist; der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten. Bei einer Übernahme ist der „Beginn der Arbeiten“ der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte;

(6) „Inbetriebnahme“ im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet die erstmalige Inbetriebsetzung der Anlage zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs;

(7) „europäische Förderabwicklungsstelle“ im Sinne dieser Richtlinien ist die Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA)“, die als Förderabwicklungsstelle der Europäischen Kommission für die IFAuction2024 zuständig ist;

(8) „nationale Förderabwicklungsstelle“ im Sinne dieser Richtlinien ist die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws), die gemäß § 5 WFÖG für die Abwicklung der Förderungen betraut ist;

⁴ Delegierten Verordnung (EU) 2023/1184, ABl. Nr. L 157 vom 20.06.2023 S. 11, in der Fassung ABl. Nr. L 1408 vom 21.05.2024, S. 1, sowie der Delegierten Verordnung (EU) 2023/1185, ABl. Nr. L 157 vom 20.06.2023 S. 20

(9) „Förderbedingungen der Europäischen Kommission“ sind die Förderbedingungen des Innovationsfonds „Innovation Fund IF24 Auction“⁵, aufgelistet in Annex 1 dieser Richtlinien;

(10) „Unternehmen in Schwierigkeiten“ sind Unternehmer:innen im Sinne der Leitlinien der Europäischen Kommission für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten⁶;

(11) „nationale Reihungsliste“ im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet die von der europäischen Förderabwicklungsstelle an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie übermittelten Reihung der förderfähigen und zulässigen Gebote für eine nationale Wasserstoffförderung;

(12) „Reserveliste des EU-Innovationsfonds“ im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet die Reihung der EU-weiten Gebote durch die europäische Förderabwicklungsstelle, die aufgrund von Budgetbeschränkung des EU-Innovationsfonds nicht bezuschlagt werden können.

Gegenstand der Förderung

§ 5. Gegenstand der Förderung ist gemäß § 3 Abs. 1 WFöG die Errichtung und der Betrieb von Elektrolyseanlagen zur Umwandlung von Strom in erneuerbaren Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs in Österreich. Dabei sind nach Maßgabe der Förderbedingungen der Europäischen Kommission alle Elektrolyse-Technologien förderfähig.

Voraussetzungen

§ 6. (1) Die Gewährung einer Wasserstoffförderung im Rahmen dieser Förderrichtlinien setzt voraus, dass:

⁵ [b996825e-cd36-44c1-895d-a780062f626d_en \(europa.eu\)](https://european-council.europa.eu/media/en/press-communications/infoboxitem.aspx?id=12345)

⁶ Mitteilung der Kommission — Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten, Abl. C 249 vom 31.07.2014, S. 1-28.

1. die Förderbedingungen der Europäischen Kommission für die IF2024 Auktion, gemäß Annex 1 eingehalten werden; demgemäß sind insbesondere folgende Voraussetzungen zu erfüllen:
 - a) zum Zeitpunkt der Einbringung des Förderansuchens und der relevanten Unterlagen bei der europäischen Förderabwicklungsstelle der Beginn der Arbeiten des zu fördernden Projekts noch nicht erfolgt ist;
 - b) die Elektrolyseanlage zur Umwandlung von Strom in erneuerbaren Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs eine Mindestleistung von 5 MW aufweist;
 - c) nachgewiesen wird, dass der produzierte erneuerbare Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs den Nachhaltigkeitskriterien und den Kriterien für Treibhausgaseinsparungen entsprechen, die in der Richtlinie (EU) 2018/2001 und den zugehörigen Durchführungsrechtsakten bzw. delegierten Rechtsakten⁷ festgelegt sind, unabhängig vom Einsatzzweck;
 - d) Projekte denen eine Förderung gewährt wird, nach maximal 2,5 Jahren nach Unterzeichnung des Fördervertrags durch den/die Förderungswerber:in den finanziellen Abschluss (Final Investment Decision, FID) erreichen und maximal 5 Jahre nach Unterzeichnung des Fördervertrags durch den/die Förderungswerber:in die Inbetriebnahme erfolgt;
 - e) Projekte müssen mindestens 10 Jahre in Betrieb sein, außer das festgelegte Gesamtproduktionsvolumen wird aufgrund der Produktionsflexibilitätsregeln gemäß Annex 1, Teil II früher erreicht;
 - f) die Resilienz Kriterien und Kriterien für Standards gemäß Annex 1, Teil II, Punkt 1.15 werden eingehalten werden;
2. der/die Förderungswerber:in, der/die den Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes, BGBl. I. Nr. 66/2004 idGF, unterliegt, diese beachtet;
3. der/die Förderungswerber:in das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, BGBl. I Nr. 82/2005 idGF, und das Diskriminierungsverbot gemäß den §§ 7b ff des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970 idGF, beachtet;
4. der/die Förderungswerber:in, der/die hinsichtlich der zur fördernden Maßnahmen den einschlägigen vergabegesetzlichen Bestimmungen unterliegt, diese auch einhält.

(2) Eine Förderung nach dieser Richtlinie kann nicht gewährt werden, wenn

⁷ Delegierten Verordnung (EU) 2023/1184, ABl. Nr. L 157 vom 20.06.2023 S. 11, in der Fassung ABl. Nr. L 1711 vom 26.06.2024, S. 1, sowie der Delegierten Verordnung (EU) 2023/1185, ABl. Nr. L 157 vom 20.06.2023 S. 20, in der Fassung ABl. Nr. L 1408 vom 21.05.2024, S. 1

1. der/die Förderungswerber:in ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des § 4 Abs. 10 ist oder
2. der/die Förderungswerber:in einer Rückforderungsanordnung aufgrund einer früheren Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht Folge geleistet hat.
3. der/die Förderungswerber die Förderbedingungen der Europäischen Kommission hinsichtlich der Kombination von Förderungen oder sonstiger Unterstützungen in Form von staatlichen Beihilfen oder Finanzierung aus EU-Programmen gemäß Annex 1, Teil IV dieser Förderungsrichtlinie nicht einhält

(3) Ein dem Grunde oder der Höhe nach bestimmter subjektiver Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung oder ein Kontrahierungszwang wird nicht begründet.

Förderungswerber:in

§ 7. Ansuchen für die Zwecke der Wasserstoffförderung können von:

1. juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts sowie
2. Personengesellschaften die, sofern sie keine Rechtspersönlichkeit besitzen, einen Nachweis erbringen, dass ihre Vertreter in der Lage sind rechtliche Verpflichtungen in ihrem Namen einzugehen und Garantien zum Schutz der finanziellen Interessen der EU bieten, welche jenen von juristischen Personen gleichwertig sind⁸

gestellt werden, deren Projekte die Voraussetzungen gem. § 6 Abs. 1 erfüllen.

Kombination von Förderungen

§ 8. Für die Gewährung einer Förderung im Rahmen dieser Förderrichtlinie sind die Förderbedingungen der Europäischen Kommission hinsichtlich der Kombination von Förderungen oder sonstiger Unterstützungen in Form von staatlichen Beihilfen oder

⁸ Siehe dazu Art. 200 Abs. 2 lit c der Verordnung (EU) 2024/2509

Finanzierung aus EU-Programmen gemäß Annex 1, Teil IV dieser Förderungsrichtlinie einzuhalten.

Förderansuchen und Unterlagen im Rahmen der IF2024 Auktion

§ 9. (1) Für das Förderansuchen bei der europäischen Förderabwicklungsstelle gelten die Vorgaben der Förderbedingungen der Europäischen Kommission gemäß Annex 1 dieser Förderungsrichtlinien.

(2) Das vollständig ausgefüllte Ansuchen auf Förderung ist unter Verwendung der von der europäischen Förderabwicklungsstelle zur Verfügung gestellten Formulare bei der europäischen Förderabwicklungsstelle elektronisch einzubringen.

(3) Dem Ansuchen sind die zur Prüfung der Förderungsfähigkeit und -würdigkeit erforderlichen Unterlagen anzuschließen.

(4) Soweit für einzelne Unterlagen oder Informationen für die Stellung eines Ansuchens von der europäischen Förderabwicklungsstelle Datenblätter zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden. Das Ansuchen ist auf elektronischem Wege einzubringen. Das Förderansuchen hat mindestens folgende Angaben zu enthalten:

- a) Name des Antragstellers/der Antragstellerin;
- b) Standort des Projekts;
- c) die elektrische MW-Nennleistung des neu zu installierenden Elektrolyseurs;
- d) ein Dossier mit Finanzinformationen einschließlich eines vereinfachten Finanzmodells;
- e) einen Zeitplan/Gantt-Diagramm für das Projekt;
- f) eine Strategie für die Beschaffung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gemäß Annex 1, Teil III;
- g) eine Strategie für die Abnahme von Wasserstoff und die Preisabsicherung gemäß Annex 1, Teil III;
- h) eine Strategie für die Beschaffung von Elektrolyseuren gemäß Annex 1, Teil III;
- i) Nachweis der Einhaltung der resilienzbezogenen Anforderungen an den Elektrolyseur gemäß Annex 1, Teil II, Punkt 1.15
- j) Nachweis der Initiierung eines Verfahrens bei der zuständigen nationalen oder regionalen Behörde, um eine Umweltgenehmigung innerhalb der maximalen Frist für die Inbetriebnahme zu erhalten, gemäß Annex 1, Teil III;

- k) ggf. Nachweis der Strategie zur Erlangung eines Netzanschlusses innerhalb der maximalen Frist für die Inbetriebnahme gemäß Annex 1, Teil III;
- l) eine Absichtserklärung einer Bank oder eines Finanzinstituts, eine Bankgarantie in Höhe von 8 % des maximalen Förderbetrags, die den Anforderungen in Annex I, Teil II, Punkt 2.2 und Teil III, Punkt 6 entspricht; eine Vorlage wird durch die europäische Förderabwicklungsstelle zur Verfügung gestellt, die verbindlich zu verwenden ist.

Zuschlagskriterien im Rahmen der IF2024 Auktion

§ 10. (1) Die Förderung wird auf Basis der kompetitiven, transparenten und diskriminierungsfreien Auktion der europäischen Förderabwicklungsstelle im Rahmen der Ausschreibung „IF2024 Auktion“ nach den Vorgaben der Förderbedingungen der Europäischen Kommission (Annex 1) vergeben. Die Vergabe der Förderung erfolgt gemäß Annex 1, Teil II, Punkt 1.7 der „Auction design elements“ unter Punkt. 2.1, auf der Grundlage der vom Bieter eingereichten Gebote anhand einer reinen Preisreihung der einzelnen Gebote („pay-as-bid“) gewährt, so dass die gewährte Förderung dem Gebot des Bieters entspricht.

(2) Die abzugebenden Gebote setzen sich, gemäß Annex 1, Teil II, Punkt 1.8, aus den folgenden Komponenten zusammen:

1. Gebotspreis (der der fixen Prämie entspricht, wenn das Projekt ausgewählt wird) in EUR/kg erneuerbare Wasserstoffproduktion nicht biogenen Ursprungs (Grundlage für die Rangfolge der Gebote), ausgedrückt mit zwei Stellen nach dem Komma.
2. Voraussichtliches durchschnittliches jährliches Produktionsvolumen von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs in kg pro Jahr über einen Produktionszeitraum von 10 Jahren.
3. Der Förderhöchstbetrag wird daher wie folgt berechnet:
 - a) $[\text{Gebotspreis in EUR/kg}] * [\text{voraussichtliches durchschnittliches jährliches Produktionsvolumen in kg/Jahr}] * 10 \text{ Jahre}$
4. Die neue Elektrolyseurkapazität in MWe, die zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme installiert und nachweislich betriebsbereit sein wird.

(3) Die allgemeine Gebotsobergrenze für Gebote im Rahmen der IFAuktion2024 beträgt 4 Euro pro kg produzierten erneuerbaren Wasserstoffs nicht biogenen Ursprungs. Gebote über dieser Obergrenze sind nicht zulässig.

(4) Die Gebote gemäß Abs. 1 werden von der europäischen Förderabwicklungsstelle entgegengenommen. Nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Gebote prüft die europäische Förderabwicklungsstelle die Gebote anhand der europäischen Förderbedingungen.

(5) Die positiv geprüften Gebote werden von der europäischen Förderabwicklungsstelle gereiht. Die Reihung der Gebote wird ausschließlich auf der Grundlage des abgegebenen Gebots in Euro pro kg erneuerbaren Wasserstoffs nicht biogenen Ursprungs erstellt („pay as bid“), wobei die Reihung der Projekte vom niedrigsten zum höchsten Gebot erfolgt und die niedrigsten Gebote erstgereiht werden.

(6) Für positiv geprüfte Gebote, die aufgrund von Budgetbeschränkungen für eine EU-Förderung im Rahmen der IF 2024 Auktion von der europäischen Förderabwicklungsstelle CINEA nicht bezuschlagt werden, ihren Standort in Österreich haben, kann eine nationale Förderung, gemäß der von der europäischen Förderabwicklungsstelle an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie übermittelten nationalen Reihungsliste der vorausgewählten Projekte, vergeben werden, soweit sie:

1. der Teilnahme an der nationalen Wasserstoffförderung im Rahmen der IF 2024 Auktion zugestimmt haben und
2. ihr Förderbedarf während des Förderzeitraums im Rahmen der verfügbaren, vorab festgelegten, nationalen Mittelausstattung liegt.

(7) Die Reihung der Gebote durch die europäische Förderabwicklungsstelle wird im Rahmen der nationalen Fördermittelvergabe vollumfänglich übernommen.

(8) Das nationale Förderverfahren ist in § 12ff geregelt.

Art und Umfang der nationalen Förderung

§ 11. (1) Die Förderung auf Basis dieser Richtlinie erfolgt in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen pro kg produziertem erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs die dem Gebot des Bieters gemäß §10 entsprechen.

(2) Der Förderhöchstbetrag pro eingereichtem Gebot beträgt 200 Millionen Euro.

(3) Ein gewährter nicht rückzahlbarer Zuschuss wird halbjährlich ab Beginn der Produktion von zertifizierten Produktionsmengen von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs ausgezahlt, über einen Zeitraum von maximal 10 Jahren.

(4) Eine Förderung gem. Abs. 1 wird nach Vorlage der Nachweise gemäß § 14 und unter Voraussetzung der Einhaltung des Förderungsvertrages bis zur maximal festgelegten Fördersumme ausbezahlt.

(5) Die Halbjahresproduktion kann auf bis zu 140 % der Hälfte des im Gebot angegebenen erwarteten durchschnittlichen Jahresvolumens der erneuerbaren Wasserstoffproduktion gesteigert werden. Die halbjährliche Produktion darüber hinaus wird nicht gefördert. Der Gesamtbetrag der Förderung ist dabei auf 100 % der maximalen Förderung begrenzt; Details zu Produktionsflexibilitäten siehe auch Annex 1, Teil II.

(6) Die Förderung gem. Abs 1 stellt eine Betriebseinnahme nach dem Bundesgesetz vom 7. Juli 1988 über die Besteuerung des Einkommens natürlicher Personen (Einkommensteuergesetz 1988 – EStG 1988), BGBl. Nr. 400/1988, idGF dar und ist zu versteuern.

Nationales Prüfverfahren und Förderentscheidung

§ 12. (1) Nach Übermittlung der nationalen Reihungsliste und der Projektunterlagen der positiv geprüften Gebote durch die europäische Förderabwicklungsstelle an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie ist durch die nationale Förderabwicklungsstelle ein nationales Prüfverfahren durchzuführen. In diesem Sinne kann die nationale Förderabwicklungsstelle den/die Förderungswerber:in auffordern, zusätzliche Unterlagen für die Prüfung einzureichen.

(2) Handelt es sich bei dem/der Förderungswerber:in um eine juristische Person oder eine Personengesellschaft ist der nationalen Förderabwicklungsstelle der Sitz, gegebenenfalls die Firmenbuchnummer sowie der Namen einer natürlichen Person, die zu Vertretung für alle Handlungen gemäß diesen Förderrichtlinien bevollmächtigt ist, bekannt zu geben.

(3) Die im Rahmen des nationalen Prüfverfahrens angeforderten Unterlagen sind auf elektronischem Wege im nationalen Einreichungsportal der Förderabwicklungsstelle einzubringen.

(4) Im Rahmen des nationalen Prüfverfahren ist im Sinne eines „Financial Capacity Check“ jedenfalls durch die nationale Förderabwicklungsstelle zu prüfen, ob

1. von einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung ausgegangen werden kann;
2. eine ordnungsgemäße Durchführung der geförderten Leistung zu erwarten ist, insbesondere aufgrund der vorliegenden fachlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen;
3. kein gesetzlicher Ausschlussgrund vorliegt und
4. keine sonstigen in der Förderrichtlinie vorgesehenen Ausschlussgründe vorliegen.

(5) Im Rahmen des nationalen Prüfverfahren ist durch die nationale Förderabwicklungsstelle zu prüfen, ob die Bestimmungen zu § 8 durch den/die Förderungswerber:in eingehalten werden.

(6) Nach positiver Prüfung empfiehlt die nationale Förderabwicklungsstelle die Projekte auf Basis der nationalen Reihungsliste für eine nationale Förderentscheidung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

(7) Die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie trifft gemäß § 8 Abs. 4 WFöG die Förderentscheidung, gemäß der nationalen Reihungsliste der vorausgewählten Projekte und der Empfehlung der nationalen Förderabwicklungsstelle.

(8) Nach positiver Förderentscheidung der Bundesministerin fordert die nationale Förderabwicklungsstelle den/die Förderungswerber:in auf binnen 2 Monaten eine einredefreien Bankgarantie eines österreichischen Bank- bzw. Finanzinstitutes in Höhe von 8 % des maximalen Förderbetrags zu Gunsten des Fördergebers vorzulegen.

(9) Die Bankgarantie muss folgende Kriterien erfüllen:

1. Auf die Förderungsgeberin, vertreten durch die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) ausgestellt sein;
2. Der Förderungsgeberin als Sicherstellung für den finanziellen Abschluss (FID) gemäß § 14 Abs. 2 und die Inbetriebnahme gemäß § 14 Abs. 3 dienen;
3. Dem/der Fördernehmer:in als Kundin des ausstellenden Bankinstituts eindeutig bezeichnen;
4. einredefrei, unwiderruflich und unbedingt sein;

5. für einen Zeitraum bis sechs Monate nach der maximalen Dauer bis zur Inbetriebnahme ausgestellt sein jedenfalls aber mindestens 5 Jahre und 11 Monate zuzüglich der zweimonatigen Vorlagefrist der Bankgarantie selbst gelten;
6. das ausstellende Bankinstitut zur Zahlung des in der Aufforderung namhaft gemachten Betrags, unter Ausschluss von Barzahlung auf ein von der aws oder der Förderungsgeberin angegebenes Konto spesen- und abzugsfrei verpflichten, dies innerhalb von maximal 10 Werktagen nach Einlangen der ersten schriftlichen Aufforderung ohne Prüfung des zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses und unter Verzicht auf jedwede Einwendung und Einrede daraus sowie unter Verzicht auf Aufrechnung;
7. österreichisches Recht und einen Gerichtsstand in Österreich vorsehen.

(10) Die mit der Errichtung und einer allfälligen Verlängerung der Garantie anfallenden Kosten trägt der/die Förderwerber:in.

(11) Für die Bankgarantie wird eine Vorlage durch die nationale Förderabwicklungsstelle zur Verfügung gestellt, die verbindlich zu verwenden ist. Bankgarantien, die die vorgenannten Kriterien nicht erfüllen, werden abgelehnt und gelten als nicht beigebracht. Ein Verbesserungsverfahren findet nicht statt.

(12) Auf Grundlage der Förderentscheidung und nach Erhalt der Bankgarantie stellt die nationale Förderabwicklungsstelle ein Förderangebot gemäß § 13 aus.

(13) Sofern das Förderangebot durch den Fördernehmer nicht angenommen wird, wird die Bankgarantie durch die nationale Förderabwicklungsstelle zurückgestellt. Bei geförderten Projekten wird die Bankgarantie nach positiver Prüfung der Inbetriebnahme gemäß § 14 Abs. 3 zurückgestellt

Förderungsvertrag

§ 13. (1) Die Gewährung der Förderung erfolgt in Form eines schriftlichen Förderungsanbots. Durch die vorbehaltlose Annahme des Förderangebots innerhalb der im Förderungsanbot gesetzten Frist kommt der Förderungsvertrag zustande.

(2) Der Förderungsvertrag hat zumindest folgendes zu enthalten:

1. Bezeichnung der Rechtsgrundlage,
2. eindeutige Bezeichnung des/der Fördernehmers:in (z. B. Geburtsdatum, Firmenbuchnummer, KUR udgl.),
3. genaue Beschreibung des geförderten Projekts (Förderungsgegenstand)
4. genaue Beschreibung des Projektstandorts
5. Beginn und Dauer der Laufzeit der Förderung,
6. das Ausmaß und die Art der Förderung, sowie den Auszahlungsmodus,
7. die Auszahlungsbedingungen,
8. die Fristen für die Fertigstellung des Projekts sowie für die entsprechenden Nachweise
9. Vereinbarungen über die Art der Abrechnung des Projekts,
10. Berichts- und Prüfungsvereinbarungen,
11. Kontrolle und gegebenenfalls Mitwirkung bei der Evaluierung und Bereitstellung von diesbezüglichen Information
12. die Information für den/die Förderungsnehmer:in, dass die nationale Abwicklungsstelle sowie die/der Bundesministerin/Bundesminister für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie als gemeinsame Verantwortliche berechtigt sind,
 - a) die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten zu verwenden, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrages (Art 6. Abs. 1 lit. b DSGVO), für Kontrollzwecke und die Wahrnehmung der (gesetzlich) übertragenen Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO), zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO) oder sonst zur Wahrung der berechtigten Interessen des/der Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO), einschließlich für statistische Zwecke im Zusammenhang mit dem Vollzug der Förderungen erforderlich ist,
 - b) die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen und zur Prüfung des Verwendungsnachweises erforderlichen personenbezogenen Daten über die von ihm/ihr selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei einem/einer anderen Rechtsträger:in, der einschlägige Förderungen zuerkennt oder abwickelt, oder bei sonstigen Dritten zu erheben und an diese zu übermitteln, wobei diese wiederum berechtigt sind, die für die Anfrage erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten und Auskunft zu erteilen,
 - c) und erforderlichenfalls Daten insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr.144/1948 idgF), des Bundesministeriums

für Finanzen (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 Bundeshaushaltsgesetz 2013, BGBl. I Nr. 139/2009 idgF, sowie § 14 ARR 2014), der Europäischen Union (EU) nach den jeweiligen einschlägigen unionsrechtlichen Bestimmungen, weiterzugeben, wobei die Rechtsgrundlage dafür jeweils die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO) ist,

- d) diese als Verantwortliche zur Vornahme von Mitteilungen in die Transparenzdatenbank verpflichtet und berechtigt sind, Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 durchzuführen,
 - e) und gemäß Randnummer 58 der Leitlinien verpflichtet sind, die genannten Daten zu den Förderungen aller einzelnen Unternehmen, denen nach dieser Förderungsrichtlinie eine 100.000 Euro übersteigende Gesamtförderung gewährt werden, innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag der Gewährung in der Beihilfentransparenzdatenbank der Kommission (TAM) zu veröffentlichen und diese Informationen ab dem Tag der Gewährung der Beihilfe für eine Dauer von mindestens 10 Jahren zur Verfügung stellen,
- 13. das Verbot, Förderungsmittel zur Bildung von Rücklagen oder Rückstellungen nach dem Einkommenssteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988 idgF, zu verwenden,
 - 14. Vereinbarungen über eine umgehende Information der Abwicklungsstelle, wenn weiterer Förderansuchen betreffend des geförderten Projekts - auch wenn mit verschiedener Zweckwidmung - bei einem anderen Organ des Bundes oder einem anderen Rechtsträger einschließlich anderer Gebietskörperschaften sowie der Europäischen Union gestellt werden,
 - 15. Vereinbarungen über die Einstellung sowie die teilweise oder gänzliche Rückforderung der Förderung gemäß § 15, sowie
 - 16. den Gerichtsstand.

(3) Darüber hinaus kann der Förderungsvertrag weitere Vereinbarungen, insbesondere in Hinblick auf den Erfolg des Projekts sichernde sowie die Besonderheiten des Einzelfalles berücksichtigende Bedingungen und Auflagen enthalten.

Durchführung, Abrechnung und Kontrolle

§ 14. (1) Der/Die Förderungsnehmer:in hat die Berichtspflichten gemäß Annex 1, Teil II, Punkt 4.4. an die nationale Förderabwicklungsstelle einzuhalten.

(2) Der/ Die Förderungsnehmer:in hat den finanziellen Abschluss (Final Investment Decision, FID) innerhalb von 30 Monaten (2,5 Jahre) zuzüglich einer Berichtlegungsfrist von

2 Monaten nach Fördervertragsunterzeichnung nachzuweisen. Zu diesem Zweck sind der nationalen Förderabwicklungsstelle bei finanziellem Abschluss folgende Unterlagen zu übermitteln:

1. Unterzeichnete Stromabnahmeverträge oder gleichwertige erneuerbare Strombezugsbestätigung;
2. unterzeichnete Abnahmevereinbarungen;
3. unterzeichnete Elektrolyseur-Kaufverträge, die die Herkunft des Elektrolyseurs angeben und Klauseln enthalten, die bestätigen, dass die in den Förderbedingungen der Europäischen Kommission (Annex 1, Teil II, Punkt 1.15 *Resilience related requirements for the electrolyser* sowie Teil III; Punkt 3 *Electrolyser procurement strategy*) festgelegten Bestimmungen zur Beschaffung von Elektrolyseur-Stacks eingehalten werden;
4. endgültige Investitionsentscheidung (Final Investment Decision, FID) mit unterzeichneten Finanzierungsvereinbarungen auf angemessener Ebene;
5. unterzeichneter Schuldenvertrag (falls zutreffend);
6. unterzeichneter EPC-Vertrag (Generalunternehmervertrag) oder ähnliches;
7. aktualisierte Finanzinformationsdateien mit Informationen, die zum Zeitpunkt des Finanzabschlusses gültig sind.

(3) Der/ Die Förderungsnehmer:in hat die Inbetriebnahme der installierten Elektrolyseur-Kapazität gemäß abgegebenen Gebot innerhalb von 60 Monaten (5 Jahre) zuzüglich einer Berichtslegungsfrist von 2 Monaten nach Fördervertragsunterzeichnung nachzuweisen; zu diesem Zweck sind der nationalen Förderabwicklungsstelle bei Inbetriebnahme insbesondere folgende Unterlagen zu übermitteln:

1. Inbetriebnahmeprotokoll der Anlage;
2. ein von dem/der Förderungsnehmer:in und seinen/ihrer Hauptauftragnehmern (falls vorhanden) unterzeichnetes Übergabeprotokoll für die im Angebot angegebene Produktionskapazität, einschließlich eines erfolgreichen Leistungstests, den die/der Förderungsnehmer:in akzeptiert und bei Volllastbetrieb über einen im EPC-Vertrag festgelegten Zeitraum durchgeführt wurde; das Projekt muss zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme eine Nennkapazität aufweisen, die der im Angebot angegebenen Kapazität entspricht;
3. ggf. vom Netzbetreiber ausgestellter Nachweis über den Netzanschluss
4. eine Selbstauskunft des/der Elektrolyseur-Lieferanten, die angibt und ausreichende Nachweise enthält, dass die in Annex I, Teil II, Punkt 1.15 sowie Teil III; Punkt 3

- festgelegten Bestimmungen zur Beschaffung von Elektrolyseur-Stacks eingehalten werden;
5. Selbstauskunft oder Überprüfung durch Dritte über die Einhaltung der Norm ISO 22734:2019 für „Wasserstoffgeneratoren mit Wasserelektrolyse – Industrielle, gewerbliche und private Anwendungen“ (oder die neueste genehmigte Version, die diese ersetzt);
 6. einen Plan zur Cybersicherheit gemäß Annex I, Teil II, Punkt 1.15 in dem dargelegt wird, wie die Sicherheit der Anlage gewährleistet wird, indem die Betriebskontrolle der Anlage bei einer in der EU/im EWR ansässigen Stelle verbleibt und die Daten innerhalb der EU/des EWR gespeichert werden.

(4) Die nationale Förderabwicklungsstelle prüft diese Unterlagen und kann Unterlagen oder Informationen nachfordern, wobei dem/der Förderungsnehmer:in für die Erfüllung eines solchen Nachforderungsauftrag eine Frist von maximal einem Monat gewährt wird. Unterlagen oder Informationen, die nicht oder nicht vollständig binnen dieser Frist vorgelegt werden, bleiben unberücksichtigt bzw. gelten als nicht beigebracht. Darüber hinaus findet kein Verbesserungs- oder Ergänzungsverfahren statt.

(5) Der/Die Förderungsnehmer:in ist verpflichtet bis zur Inbetriebnahme einen jährlichen Zwischenbericht an die nationale Förderabwicklungsstelle zu übermitteln, indem u.a. auf den Projektfortschritt, eingegangen wird. Für die Zwischenberichte wird eine Vorlage durch die nationale Förderabwicklungsstelle zur Verfügung gestellt, die verbindlich zu verwenden ist.

(6) Der/Die Förderungsnehmer:in hat für jeden halbjährlichen Zahlungsantrag einen Produktionsbericht inklusive Nachweis über die Menge des produzierten erneuerbaren Wasserstoffs nicht biogenen Ursprungs vorzulegen. Der zertifizierte Produktionsbericht muss die Einhaltung der Voraussetzungen gemäß § 6 Abs. 1 Z 1 lit. c des produzierten Wasserstoffs sowie die produzierten Mengen bescheinigen. Die Zertifizierung muss zum Zeitpunkt der Meldung der Produktion den allgemein anerkannten Standards entsprechen und von einer geeigneten Zertifizierungsstelle ausgestellt werden.

(7) Der/Die Förderungsnehmer:in ist verpflichtet halbjährlich ab Inbetriebnahme bis zum letzten Zahlungsantrag über den Status der Abnahmeverträge zu informieren, einschließlich Informationen über

- a) Änderungen der Abnahmepreise und etwaige Änderungen in dem Sektor, für den der erzeugte Wasserstoff bestimmt ist, und eine

- b) Bestätigung, dass die Vorschriften über die kombinierte Förderung für Verbraucher eingehalten werden.

(8) Am Ende des Förderzeitraums ist der/die Förderungsnehmer:in verpflichtet

1. einen Nachweis vorzulegen, der bestätigt, dass die Gesamtmenge des während des Förderzeitraums produzierten Wasserstoffs mindestens 70 % Treibhausgaseinsparungen gemäß den in der Delegierten Verordnung (EU) 2023/1185 der Kommission festgelegten Regeln erreicht. Die Bescheinigung kann durch ein Zertifikat einer geeigneten Zertifizierungsstelle oder durch geprüfte Berichte erfolgen;
2. einen Bericht über die Erfüllung der im Zusammenhang mit dem Bericht zur „Versorgungssicherheit bei wesentlichen Gütern und Beitrag zur industriellen Führungsposition und Wettbewerbsfähigkeit Europas“ hervorgehobenen, und in den Förderbedingungen der Europäischen Kommission (Annex 1, Teil I, Punkt 1.15 *Resilience related requirements for the electrolyser* sowie Teil III; Punkt 3. *Electrolyser procurement strategy*) festgelegten Bestimmungen zur Beschaffung von Elektrolyseur-Stacks während des gesamten Projektüberwachungszeitraums eingehalten wurden.

(9) Der/Die Förderungsnehmer:in ist zu verpflichten, die nationale Abwicklungsstelle über alle signifikanten Änderungen des geplanten Projekts im Zuge der Ausführung zu informieren und vorab die Zustimmung der nationalen Abwicklungsstelle dafür einzuholen. Weiters ist der/die Förderungsnehmer:in zu verpflichten, alle Ereignisse, die die Durchführung des Projekts oder die Erreichung des Förderungszwecks erheblich verzögern oder unmöglich machen, der Abwicklungsstelle unverzüglich anzuzeigen.

(10) Der/Die Förderungsnehmer:in ist zu verpflichten, den Organen der Abwicklungsstelle bzw. des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie oder von diesen Beauftragten, den Organen des Rechnungshofes sowie, im Falle einer Ko-Finanzierung durch die EU, den Kontrollorganen der EU sowie den, von dieser beauftragten Stelle jederzeit Auskünfte (einschließlich Nachweise) hinsichtlich des geförderten Vorhabens zu erteilen. Zu diesem Zweck hat der/die Förderungsnehmer:in auf Aufforderung insbesondere Einsicht in die Bücher und sämtliche – auch elektronische – Belege sowie sonstigen, der Überprüfung der Durchführung dienenden Unterlagen zu gewähren, Auskünfte von Bezug habenden Banken zuzustimmen sowie das Betreten von Grundstücken und Gebäuden während der üblichen Geschäfts- und Betriebsstunden und die Durchführung von Messungen zu gestatten. Dabei ist der/die Förderungsnehmer:in

darauf hinzuweisen, dass die Überprüfung – gegebenenfalls in Abstimmung mit anderen in Betracht kommenden Förderstellen oder durch eine Abfrage aus dem Transparenzportal, sofern sich dadurch ein aussagekräftiger Mehrwert bei der Kontrolle ergibt – stichprobenartig oder anlassbezogen durchgeführt werden kann, insbesondere um Mehrfachförderungen auszuschließen. Diese vertragliche Verpflichtung ist für einen bestimmten Zeitraum vorzusehen, der die beihilfenrechtlich erforderliche wie auch die gesetzliche Aufbewahrungsfrist im Sinne des Rechnungslegungsgesetzes, BGBl. Nr. 475/1990 idgF, mindestens jedoch einen Zeitraum von 10 Jahren ab Gewährung der Förderung (Art. 17 der Verordnung (EU) 2015/1589 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. Nr. L 248 vom 24. September 2015 S. 9) umfasst.

Einstellung und Rückforderung der Förderung und Pönale

§ 15. (1) Der/Die Förderungsnehmer:in ist zu verpflichten – unbeschadet der Geltendmachung weitergehender gesetzlicher Ansprüche, insbesondere auch einer Rückzahlungsverpflichtung gemäß § 30b Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 218/1975 idgF – eine gewährte Förderung aufgrund einer begründeten Entscheidung und über schriftliche Aufforderung nach Maßgabe der Abs. 4 bis 6 zurückzuzahlen, wobei der Anspruch auf zugesicherte und noch nicht ausbezahlte Förderungsmittel erlischt, wenn:

1. Organe oder Beauftragte der nationalen Abwicklungsstelle, des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, des Bundes oder der europäischen Förderabwicklungsstelle über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind;
2. vorgesehene Verpflichtungen, Auflagen und Bedingungen vom/von der Förderungsnehmer:in nicht eingehalten wurden;
3. von dem/der Förderungsnehmer:in vorgesehene Berichte nicht erstattet, Nachweise nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt worden sind, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und dem ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtslage der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist;
4. die unverzügliche Meldung von Ereignissen – jedenfalls noch vor einer Kontrolle oder deren Ankündigung –, welche die Durchführung des geförderten Vorhabens verzögern, unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würde, unterblieben ist;

5. der/die Förderungsnehmer:in vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert;
6. die Förderungsmittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet worden sind;
7. die Richtigkeit der Abrechnungen innerhalb von 10 Jahren nach Abschluss des geförderten Projekts nicht mehr überprüfbar ist, weil die Unterlagen aus Verschulden des Förderungsnehmers bzw. der Förderungsnehmerin verlorengegangen sind;
8. die Berechtigung zur Führung des Betriebes oder die tatsächlichen Voraussetzungen dafür wegfallen;
9. das Unternehmen des/der Förderungsnehmer:in oder der Betrieb, in dem die geförderte Anlage verwendet wird, oder die geförderte Anlage selbst vor deren Fertigstellung oder bis zu 10 Jahren danach auf eine:n andere:n Rechtsträger:in übergeht oder sich das Verfügungsrecht an der Anlage ändert oder sich die Eigentums- oder Beteiligungsverhältnisse ändern;
10. die für das geförderte Projekt notwendigen Bewilligungen nicht erlangt wurden;
11. von Organen der EU die Aussetzung und/oder Rückforderung verlangt wird.

(2) Die Förderung wird darüber hinaus eingestellt, falls die zertifizierte Produktion erneuerbaren Wasserstoffs nicht biogenen Ursprungs in drei aufeinanderfolgenden Jahren im Durchschnitt unter 30 % des erwarteten jährlichen, im Gebot angegebenen Durchschnittsvolumens liegen. Dieser Durchschnitt wird über einen gleitenden Zeitraum von drei Jahren berechnet.

(3) Anstelle der in Abs. 1 genannten gänzlichen Rückforderung kann - unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 4 - bei einzelnen Tatbeständen eine bloß teilweise Einstellung oder Rückzahlung der Förderung vorgesehen werden, wenn

- a) kein Verschulden der Förderungsnehmer:in am Rückforderungsgrund vorliegt und
- b) für den Förderungsgeber:in die Aufrechterhaltung des Förderungsvertrages weiterhin zumutbar ist.

(4) Darüber hinaus kann anstelle der in Abs. 1 genannten gänzlichen Rückforderung bei Nichteinhaltung von vorgesehenen Verpflichtungen, Auflagen und Bedingungen gemäß Abs. 1. Z 2 eine angemessene teilweise Einstellung oder Rückzahlung der Förderung vorgesehen werden, oder von einer Einstellung oder Rückforderung der Förderungsmittel abgesehen werden, wenn dadurch die Erreichung des Förderungszieles nicht gefährdet erscheint.

(5) Mit dem/der Förderungsnehmer:in ist weiters zu vereinbaren, dass die zugesicherte, aber noch nicht ausbezahlte, Förderung auf das gemäß § 15 Abs. 2 ARR 2014 oder nach unionsrechtlichen Bestimmungen zulässige Ausmaß gekürzt werden kann, wenn der/die Förderungsnehmer:in nach dem Zeitpunkt des Förderungsansuchens von einem anderen Organ des Bundes oder einem anderen Rechtsträger einschließlich anderer Gebietskörperschaften eine Förderung für dieselbe Leistung, auch wenn mit verschiedener Zweckwidmung, erhält, welche bei der Zuerkennung der Förderung nicht bekannt war, sofern nicht eine Vertragsänderung aus Sicht der haushaltsführenden Stelle oder der nationalen Abwicklungsstelle zweckmäßig erscheint. Von einer Kürzung kann dann Abstand genommen werden, wenn die Beiträge zur Erbringung der ursprünglich vereinbarten geförderten Leistung notwendig sind. Falls die Förderung bereits ausbezahlt wurde, kann eine entsprechende Rückforderung erfolgen. Die nachfolgenden Absätze 6 bis 8 sind sinngemäß anzuwenden.

(6) Bei Vorliegen eines Rückforderungsfalles sind die zurückzuzahlenden Beträge vom Tag der Auszahlung an, mit vier Prozent pro Jahr unter Anwendung der Zinseszinsmethode, zu verzinsen. Liegt dieser Zinssatz unter dem von der Europäischen Union für Rückforderungen festgelegten Zinssatz, ist der von der Europäischen Union festgelegte Zinssatz heranzuziehen. Für den Fall eines Verzuges bei der Rückzahlung der Förderung sind Verzugszinsen zu vereinbaren. Diese sind mit 9,2 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz pro Jahr ab Eintritt des Verzuges festzulegen. Der Basiszinssatz, der am ersten Kalendertag eines Halbjahres gilt, ist für das jeweilige Halbjahr maßgebend.

(7) Allfällige weitergehende zivilrechtliche Ansprüche bleiben hiervon unberührt.

(8) Für den Fall, dass

- i) das geförderte Projekt die erforderlichen Nachweise für den finanziellen Abschluss (FID) gemäß § 14 Abs. 2 oder
- ii) die erforderlichen Nachweise für die Inbetriebnahme gemäß §14 Abs. 3

nicht innerhalb der in § 14 definierten Fristen erbringt, ist binnen 14 Tagen ab der ersten Aufforderung durch die nationale Förderabwicklungsstelle eine Zahlung in der Höhe von 8% der maximalen Fördersumme an die Förderungsgeberin, vertreten durch die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) zu leisten. Zur Besicherung dieser Forderung dient die Bankgarantie gemäß § 12 Abs. 9.

Datenschutz

§ 16. (1) Die Förderungswerbenden nehmen zur Kenntnis, dass die richtlinienverantwortliche Bundesministerin/Bundesminister und die AWS als gemeinsame Verantwortliche berechtigt sind, die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten zu verarbeiten, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrages, für Kontrollzwecke und die Wahrnehmung gesetzlich übertragener Aufgaben erforderlich ist.

(2) Die Förderungswerbenden nehmen ebenfalls zur Kenntnis, dass die richtlinienverantwortliche/r Bundesministerin/Bundesminister und die AWS als gemeinsame Verantwortliche berechtigt sind, die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen und zur Prüfung des Verwendungsnachweises erforderlichen personenbezogenen Daten über die von ihnen selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei einem anderen Rechtsträger, der einschlägige Förderungen zuerkennt oder abwickelt, oder bei sonstigen Dritten zu erheben und an diese zu übermitteln, wobei diese wiederum berechtigt sind, die für die Anfrage erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten und Auskunft zu erteilen. Des Weiteren sind Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 möglich.

(3) Die Förderungswerbenden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Offenlegung von Daten natürlicher Personen gegenüber der richtlinienverantwortlichen Bundesministerin/Bundesminister und/oder der AWS in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt.

(4) Des Weiteren wird den Förderungswerbenden zur Kenntnis gebracht, dass personenbezogene Daten insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144 idgF), des Bundesministeriums für Finanzen (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 des Bundesgesetzes über die Führung des Bundeshaushaltes 2013, BGBl. I Nr. 139/2009 idgF, sowie § 14 der Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln, BGBl. II Nr. 208/2014 idgF) und der Europäischen Union nach den EU-rechtlichen Bestimmungen übermittelt oder offengelegt werden müssen.

(5) Für über diese Bestimmungen hinausgehende Verarbeitungen personenbezogener Daten ist von der AWS eine Zustimmungserklärung der betroffenen Personen einzuholen.

(6) Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWS, die Mitglieder ihrer Organe und Beiräte sowie die Sachverständigen betreffend Tatsachen, die ihnen in Wahrnehmung ihrer Tätigkeit für die AWS zur Kenntnis gelangen und deren Geheimhaltung im berechtigten Interesse der AWS oder der Förderungswerbenden gelegen ist, zu Verschwiegenheit verpflichtet sind. Daten dürfen an Dritte nur übermittelt werden, wenn bundesgesetzliche Vorschriften dies vorsehen oder die betroffene Person in die Übermittlung eingewilligt hat.

(7) Geschäftsgeheimnisse im Sinne der §§ 26a ff des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 (UWG), BGBl. Nr. 448/1984 idgF, welche der AWS übermittelt werden, haben die Förderungswerbenden der AWS ausdrücklich aufzuzeigen.

Veröffentlichung

§ 17. (1) Der volle Wortlaut der Richtlinie sowie eine Kurzbeschreibung werden auf den Websites des richtlinienverantwortlichen Bundesministeriums und der Website der AWS veröffentlicht. Weiters wird auf der Beihilfentransparenzdatenbank der Europäischen Kommission (TAM) über jede Einzelbeihilfe, die den Betrag nach Maßgabe der unionsrechtlichen Bestimmungen übersteigt, eine Information über die gewährte Beihilfe veröffentlicht.

(2) Die/der richtlinienverantwortliche Bundesministerin/Bundesminister sowie die AWS sind berechtigt, basierend auf unionsrechtlichen oder nationalen Rechtsgrundlagen, Informationen und Daten von öffentlichem Interesse, wie z.B. jene gemäß Randnummer 58 der Leitlinien oder Vorhabens-Zusammenfassungen, zu veröffentlichen. Förderungnehmende können gegen Veröffentlichungen begründete Einwände (z.B. Patentierung, Geschäftsgeheimnis, etc.) vorbringen.

Inkrafttreten

§ 18. (1) Diese Richtlinien treten mit **XX.XX.XXXX** in Kraft. Die Gewährung von Förderungen nach dieser Richtlinie ist erst nach vorheriger beihilfenrechtlicher Genehmigung der Richtlinie durch die Europäische Kommission zulässig.

(2). Diese Richtlinie tritt mit **XX.XX.XXXX** außer Kraft. Die Richtlinie ist bis zur vollständigen Abwicklung aller gemäß § 13 Abs. 1 zugesicherten Förderungen anzuwenden.

Erstellt von

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie,
Radetzkystraße 2, 1030 Wien

ENTWURF

ANNEX 1

Förderbedingungen der Europäischen Kommission (Innovation Fund IF24 Auction Terms and Conditions)

Teil I: Übersicht

Die im Wasserstoffförderungsgesetz festgeschriebenen Fördermittel werden durch die Teilnahme Österreichs an dem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren des EU Innovationsfonds bzw. der Europäischen Wasserstoffbank (IF24 Auction) vergeben („Auctions-as-a-Service“-System). Das „Auctions-as-a-Service-System“ dient der Finanzierung von erneuerbaren Wasserstofferzeugungsprojekten unter denselben Bedingungen, wie sie für direkt vom Innovationsfonds finanzierte Projekte gelten. Nachfolgend werden die Förderbedingungen des Innovationsfonds „Innovation Fund IF24 Auction“ dargestellt:

Teil II: Overview of auction design elements for the second Innovation Fund hydrogen auction

2.1. General auction design elements

Number	Design Element	Specific implementation in Innovation Fund renewable hydrogen auction
1.0	Objective of the auction	To cost-efficiently support the production of renewable fuels of non-biological origin (RFNBO) hydrogen within the EEA and thus contribute to achieving security of supply of essential goods and to Europe's industrial leadership and competitiveness hydrogen sector.

1.1	Auctioned good	RFNBO hydrogen produced from water electrolysis in line with requirements put forward in the Renewable Energy Directive (Directive (EU) 2018/2001) and its Delegated Regulations (EU) 2023/1185 and 2023/1184. The RFNBO hydrogen needs to be produced by new production capacity (i.e. capacity for which at the time of application start of works ⁹ did not yet take place) in order to ensure an incentive effect of the subsidy.
1.2	Constraining value	The total available Innovation Fund budget for each topic is the constraining value of the auction and is known in advance. - For the general topic, the budget will be EUR 1 000 million - For the specific topic for maritime sector, the budget will be EUR 200 million. The total RFNBO hydrogen volume for which support will be awarded derives from the total available budget and the individual bids with their respective bid prices and volumes.
1.3	Support type	Output-based support (payment per unit of verified and certified RFNBO H2 produced).
1.4	Reference price	No reference price needs to be defined for a fixed premium auction.
1.5	Support form	Fixed premium
1.6	Safeguards against over-subsidisation	Ensuring competition through market testing, total available budget, a ceiling price, and feedback on the level of competition from one round to another. No claw backs concerning over-subsidisation situations.
1.7	Ranking of bids	Price-only ranking
1.8	Bid components	<p>1) Bid price (which will correspond to the fixed premium if the project is selected) in EUR/kg of RFNBO hydrogen production (basis for ranking of bids), expressed with two digits after the comma.</p> <p>2) Expected average yearly volume of RFNBO hydrogen production in kg per year over a 10 years production period.</p> <p>The maximum grant amount is therefore calculated as:</p> <p><i>[Bid price in € kg] * [expected average yearly volume in kg year] * 10 years</i> 3)</p>

⁹ The first firm commitment (equipment or starting construction) making an investment irreversible. Buying land and preparatory works (e.g. obtaining permits and conducting preliminary feasibility studies) are not considered as start of works.

		The new electrolyser capacity in MWe that will be installed and verified as being operational by the time of entry into operation.
1.9	Minimum and maximum yearly production thresholds	No upper or lower limits to the expected average yearly production as stated in the bid. However, the maximum grant amount requested by each proposal must stay within the limits expressed in point 2.3 and during implementation the project will have to comply with the production conditions described in points 1.10 and 4.2
1.10	Production flexibility rules	Semi-annual production can be increased up to 140% compared to half of the expected average yearly volume of RFNBO hydrogen production as stated in the bid (see point 1.8). Semi-annual production beyond 140% will not be supported by grant payments. The total grant amount is restricted to 100% of the maximum grant amount. See points 4.2 on severe underperformance and 4.3 on semi-annual payment schedule.
1.11	Grant duration (disbursement period)	The grant duration will end ten years after the Entry into Operation of the project (unless the total RFNBO Hydrogen production volume as stated in the bid is reached earlier, due to the production flexibility rules (see line 1.10). See also point 4.2 on grant agreement termination
1.12	Indexation of support	No indexation.
1.13	Technology baskets, differentiation by regions or actors	There will be two topics: (i) a general topic, and (ii) a budget of EUR 200 million will be earmarked for projects with maritime off-taker(s) and (For more information on the clearing mechanism, please refer to line 3.8.) For the maritime topic, an off-taker will be considered to belong to the maritime sector, if it will use the hydrogen or the hydrogen derivative produced by the project for carrying out/making use of bunkering activities in ports within the EEA. If a portion of the resources remains unawarded, the Commission may redistribute them between the call topics.
1.14	Method to estimate the subsidy per ton of CO ₂ e abated	The value of the subsidy per tonne of CO ₂ e abated will be calculated by CINEA and does not have to be provided by the applicant / does not form part of the evaluation. The expected CO ₂ e abatement per kg of renewable hydrogen produced will be calculated using the 2021-2025 ETS benchmark of 6.84 t_CO ₂ e/t_H ₂ . This is a conservative estimate in not taking into account

		additional carbon abatement due to substitution effects in the RFNBO H2 end use application.
1.15	Resilience related requirements for the electrolyser	<p>Multi-pronged approach is implemented:</p> <p>I. New sub-criterion under “relevance” criterion: Under the ‘relevance’ criterion (see in line 2.1) a sub-criterion is inserted (with pass/fail assessment): “Achieving security of supply of essential goods and contribution to Europe’s industrial leadership and competitiveness”, in line with the objectives of Net Zero Industry Act (NZIA) for the EU manufacturing capacity of net-zero technologies (for the purpose of this auction, electrolysers) to meet at least 40% of the EU’s annual deployment needs by 2030.</p> <p>To fulfil this sub-criterion, projects have to:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. contribute to a diversified supply chain and avoid building dependency on a single third country which may threaten the security of supply of electrolysers. Having regard to the current and projected global and EU supply and demand trends for electrolysers, including the fact that Chinese production capacity is already more than 50% of global production and the projected hydrogen production in China surpasses by far its domestic 2025 target and foreseeable global demand¹⁰, it is assessed that there is a significant risk of increased and irreversible dependency of the EU on imports of electrolysers originating in China, which may threaten the EU’s security of supply. Thus special measures are justified in this nascent industry, contributing to the objectives of the Net Zero Industry Act. As a result, projects have to limit the sourcing of electrolyser stacks with surface treatment or cell unit production or stack assembly carried out in China to not more than 25% (in MWe) to fulfil this criterion. <p>A proposal will pass this sub-criterion if it can demonstrate a contribution as laid out in point 1. There needs to be enough evidence in the application to underpin the claims (e.g. MoU with electrolyser supplier stating the intended origin of the equipment, etc.).</p> <p>Compliance with the claims made at application will be monitored during implementation. At the Financial Close</p>

¹⁰Around 10 GW by 2025 (source: Bloomberg New Energy Finance)

		<p>and at the Entry into Operation projects will have to report on intended/actual origin of the electrolyser. At the end of the implementation, projects will have to report how they fulfilled the claims made under the “Achieving security of supply of essential goods and contribution to Europe’s industrial leadership and competitiveness” sub-criterion (see Section 2.4). Penalties (reduction of grant or even termination) apply in case the claims were not fulfilled (see section 2.4).</p> <p>II. Compliance with standards</p> <p>Projects need to:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. comply with safety standard ISO 22734:2019 for “Hydrogen generators using water electrolysis – Industrial, commercial, and residential applications” or latest approved version replacing it. 2. present a cybersecurity plan outlining how, in order to ensure the security of the installation, the operational control of the installation remains within an entity established in the EEA and the data are stored within the EEA. These requirements must be complied with at the moment of the Entry Into Operation. If they are not fulfilled, the grant agreement will be terminated and completion guarantee called. <p>III. Information gathering</p> <p>Additional information will be gathered as part of the electrolyser procurement strategy (mandatory document to be submitted alongside the bid – see Section III) on:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Intended origin of equipment, 2. CRM intensity of the equipment, 3. Recycling strategy of the electrolyser OEM, 4. What standards does the equipment comply with 5. whether OEM receives foreign financial contribution <p>Planned origin of electrolyser of successful bidders (as indicated in the strategy) will be published. Further data from those strategies (of successful and unsuccessful bids) and analysis from it may be published where anonymisation is guaranteed.</p>
--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		<p>IV. Foreign Subsidy Regulation, State aid rules and trade defence instruments apply</p> <p>Internal market distortions caused by foreign subsidies (or incompatible State aid granted by Member States), or imports being unfairly subsidised or dumped on the EU market, may be investigated under the EU's Foreign Subsidies Regulation (or EU State aid rules) or EU trade defence investigations, respectively.</p>
1.16	Auction-as-a-Service	Auction-as-a-Service mechanism is open to all EEA States

2.2. Qualification requirements

Number	Design Element	Specific implementation in Innovation Fund renewable hydrogen auction
2.1	Qualification requirements	<p>For further details on qualification requirements, see section III of the Terms & Conditions.</p> <p>Admissibility:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Strict respect of submission deadlines, use of forms provided through the Funding and Tenders Portal, and compliance with presenting all required documentation (Application Forms), together with mandatory documents and supporting documents (see section III). <p>Eligibility:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Proposals must relate to projects located in the EEA. • Project and budget size in the limits expressed in point 2.3 • The bid amount may not exceed the ceiling set in point 3.6 • Compliance with legal entity checks (compliance with EU exclusion situation limitations (default, prosecution, etc). All beneficiaries will have to be validated. • No geographical limitation on origin of members of the consortium. • The same project has not been already awarded under the Innovation Fund. • Signed self-declarations, see section III of the Terms & Conditions (also part of Application Form Part B)

		<ul style="list-style-type: none"> • Self-declaration that the electrolyser procured and installed will be in compliance with the required safety standards (i.e., ISO 22734:2019 for “Hydrogen generators using water electrolysis — Industrial, commercial, and residential applications” or latest approved version replacing it). • Self-declaration the project will have a cybersecurity plan outlining how, in order to ensure the security of the installation, the operational control of the installation remains within an entity established in the EEA and the data are stored within the EEA. • the operational control and the data used for or generated in the installation, remains within the EEA <p>Relevance and Quality.</p> <ul style="list-style-type: none"> • The proposals will be evaluated on a pass/fail basis on relevance (including their contribution to achieving security of supply of essential goods and contribution to Europe’s industrial leadership and competitiveness), technical, financial, and operational maturity assessed based on the documents listed in section III of the Terms & Conditions and their description in Application Form B. <p>After evaluation and before grant agreement signature, an additional financial capacity check will be made, to ensure that applicants have stable and sufficient resources to successfully implement the projects and contribute their share.</p>
2.2	Completion guarante	<p>A completion guarantee covering 8% of the maximum grant amount (see point 1.8) will be requested from projects invited to prepare grant agreement.</p> <p>A letter of intent from a bank or financial institution to issue a completion guarantee will be required as part of the proposal. A template will be made available and will have to be used (no changes to the template are allowed).</p> <p>The completion guarantee should be in euro and issued by an approved bank/financial institution (with the following minimum rating from at least one of these</p>

		<p>rating agencies: BBB- from S&P or Fitch, Baa3 from Moody's or BBB (low) from DBRS) established in an EEA. This completion guarantee must be able to be called on first demand by the granting authority if the project (i) does not reach financial close within 2.5 years, or (ii) does not reach approved entry into operation within 5 years after signing the grant agreement (see point 4.1). Entry into operation will only be accepted if compliance with Safety standards and cybersecurity requirements referred to in line 2.1 is demonstrated</p> <p>The completion guarantee shall be issued at the latest two months after receiving the evaluation result letter inviting the selected applicants for grant agreement preparation. It shall be valid from the date of issuance until six months after the maximum time to entry into operation (i.e. after verification that the electrolyser capacity stated as part of the bid production capacity is operational). The duration of the completion guarantee is expected to be at least 5 years and 11 months. A template will be made available and will be mandatory.</p> <p>If entry into operation is reached earlier, the guarantee can be released earlier.</p> <p>The enforcement of completion guarantees is further explained in point 4.2.</p>
2.3	Minimum or maximum restriction for project size and for bid volume	<p>Maximum grant amount restriction for each bid applies: EUR 250 million in the general topic and EUR 200 million in the maritime topic</p> <p>Minimum project size requirements: 5 MWe of newly installed electrolyser capacity (which must be in a single location; virtual pooling of capacity is not permitted).</p>
2.4	Off-taker restrictions	No off-take restrictions in the general topic. However, limitations apply within the maritime topic. Please refer to line 1.13
2.6	Regulations for transporting hydrogen	Infrastructure costs can be priced into the bid but there is no explicit mechanism to offset comparative disadvantage of projects with infrastructure costs.
2.7	Consideration of "General measures" ¹¹	See section IV of the Terms & Conditions on combining support under auction with other public support.

¹¹ e.g. green premium stemming from regulation

2.8	Combining support under auction with other public support for RFNBO hydrogen producer	See section IV of the Terms & Conditions on combining support under auction with other public support.
2.9	Combining support under auction with other public support for RFNBO hydrogen off-taker	See section IV of the Terms & Conditions on combining support under auction with other public support.
2.10	Exclusion of cross-subsidisation of “grey” hydrogen	Beneficiaries will need to provide certification that the total volume of hydrogen produced by the supported capacity achieves at least 70% GHG savings following the rules set out in the Commission Delegated Regulation (EU) 2023/1185 (on average during the disbursement period of the scheme). The certification will be required as a deliverable for the last work package (independent third-party certificate or audited reports).

2.3. Design elements defining the auction procedure

Number	Design Element	Specific implementation in Innovation Fund renewable hydrogen auction
3.1	Competitiveness of the process	The key rules ensuring competitiveness of the process are: No discrimination against participants in auction. Transparency on requirements and sufficient lead times to prepare bids. No ex-post adjustments of auction rules.
3.2	One-stage or two-stage auction	One-stage
3.3	Auction type	Static auction
3.4	Pricing rules	Pay-as-bid
3.5	Minimum prices	No minimum price
3.6	Ceiling prices	Disclosed ceiling price: 4 EUR /kg of hydrogen produced as a maximum bid price. The same ceiling price applies to both the general topic and the maritime topic.
3.7	Clearing mechanism and marginal bid	Proposals will be first ranked according to their bid price from lowest to highest. Those proposals whose maximum grant amounts fit within the Innovation Fund budget, and the proposals

		<p>necessary to fill the reserve list, if any, will be assessed against the award criteria of 'Relevance' and 'Quality', on a pass/fail basis.</p> <p>Remaining proposals will be rejected. They will not be evaluated against the 'Relevance' and 'Quality' award criteria.</p> <p>The last proposal proposed for funding that exceeds the call budget will be added to the reserve list</p>
3.8	Tie-breaking rules	<p>For proposals with the same bid price, a priority order will be determined according to the following approach:</p> <p>Successively for every group of ex-aequo proposals, starting with the lowest bid price group, and continuing in descending order:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Proposals with the overall smaller maximum grant amount will be preferred. 2. If this does not allow to determine the priority, proposals located in the country with fewer funds awarded previously under the Innovation Fund will be preferred. 3. If this also does not allow to determine the priority, the proposal with a shorter time until entry into operation will be preferred. 4. If this also does not allow to determine the priority decision will be taken by random draw, supervised by the evaluation committee
3.9	Minimum number of bidders	<p>The auction volume will not be adapted to the observed participation.</p> <p>Each topic of the auction may be cancelled if less than two proposals are submitted.</p>

2.4. Design elements defining rights and obligations

Number	Design Element	Specific implementation in Innovation Fund renewable hydrogen auction
4.1	Maximum time to reach financial close and entry into operation	<p>Maximum time to reach Financial Close: 2.5 years after signing the grant agreement</p> <p>Maximum time to reach EiO: 5 years after signing the grant agreement.</p>

		No ex-post adjustments of auction rules.
4.2	Sanctions in case of non-compliance with support requirement	<p>If the maximum time to reach financial close or entry into operation is exceeded, the grant agreement will be terminated, and the granting authority will call the completion guarantee described in point 2.2</p> <p>A project entering into operation should be able to demonstrate as operational a nameplate capacity of at least 100% of that expressed in the bid. The entry into operation needs to be approved by the granting authority.</p> <p>The grant agreement may be terminated or the grant reduced if the verified and certified RFNBO hydrogen production falls on average below 30% of the expected yearly average volume as stated in the bid for three consecutive years. This average will be calculated over a rolling 3-year period.</p> <p>At the moment of entry into operation the project must demonstrate compliance with the required safety standards and cybersecurity requirements as defined in line 2.1 above. If not, the grant agreement will be terminated.</p> <p>As of financial close, at the moment of entry into operation and during implementation, the project must demonstrate that it complies with the commitments made in its application form, including those under the criteria “Achieving security of supply of essential goods and contribution to Europe’s industrial leadership and competitiveness”.</p> <p>Contractual sanctions (grant reduction or even termination) may apply in case the claims were not fulfilled.</p> <p>If the project cannot certify that the overall total amount of hydrogen produced achieves at least 70% GHG savings (see point 2.10), the grant may be reduced at the end of the implementation period.</p> <p>If a project was awarded under the maritime topic and is not able to demonstrate signed contracts for 60% of the production volumes as stated in the bid with a maritime off-taker/s at the moment of reaching Financial Close,</p>

		<p>the project will be terminated. At the end of the implementation period, the project will have to demonstrate that 60% of the produced volumes were directed to off-taker/s from the maritime sector, non-compliance will result in proportional reduction of the maximum grant.</p>
4.3	Payment schedules	Semi-annual (every 6 months after entry into of operation)
4.4	Reporting requirements	<p>Until entry into operation, projects will have to report annually on their progress</p> <p>The origin of the electrolyser will be reported at FC and EiO. At the end of the implementation period, a report on project's contribution to achieving security of supply of essential goods and contribution to Europe's industrial leadership and competitiveness will have to be provided.</p> <p>After entry into operation, projects will report periodically alongside their requests for payment (i.e. for every six months of the operation). Reports will concern the verification and certification of the produced volume of RFNBO hydrogen.</p> <p>In these reports, projects will also have to report during implementation (i) changes in the planned off-takers, clearly stating the sector to which the new off-takers belongs and (ii) confirm that rules on combination of support are respected.</p> <p>At the end of the implementation period, the beneficiaries will need to provide certification that the total volume of hydrogen produced during the support period achieves at least 70% GHG savings according to the rules set out in the Commission Delegated Regulation (EU) 2023/1185 (calculated and certified at the end of the support period). Certification can be provided by a third party or through audited reports.</p> <p>To fulfil the call objective of price discovery and contribution to market formation, the following information will be published: (i) identified bid price, total volume, electrolyser capacity, planned electrolyser origin, and name of successful projects, (ii) anonymised bid price, total volume and capacity for unsuccessful bidders, (iii) anonymised and aggregated off-take prices</p>

		for all bidders. Additional data and analysis may be published where anonymisation is guaranteed.
--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------

2.5. Design elements defining the auction and framework conditions.

Number	Design Element	Specific implementation in Innovation Fund renewable hydrogen auction
5.1	Scheduling/auction frequency	To be defined based on participation received in previous auctions.
5.2	Timing of the auction (early stage or late-stage auction)	Late-stage auction.
5.3	Granting authority	Climate, Infrastructure and Environment Executive Agency (CINEA) or national granting authority in case of Auction-as-a-Service.

3. Teil III: Qualification requirements

1. Renewable electricity sourcing strategy

The renewable electricity sourcing strategy needs to demonstrate that the project has a credible plan and has taken initial precontractual steps towards securing renewable electricity that in volumes and time profile matches the 60% of volumes of RFNBO hydrogen as stated in the proposal. The electricity sourcing strategy should address the main principles of RFNBO hydrogen production: additionality, geographical and temporal correlation.

For each expected electricity source, the following information must be stated:

- c) Name of renewable electricity provider or indication of own assets¹², where applicable.
- d) Type of renewable electricity source.

¹² Location and bidding zone of the asset(s).

- e) Type of connection (dedicated assets with a direct connection with the renewable electricity generation asset or connection via the grid).
- f) Volume of electricity supplied from the source (incl. % of absolute volume needed for the project).
- g) Pricing structure (fixed price, collar, price floor, floating, indexed etc.).
- h) Duration of supply.
- i) If the power supply is conditional on the development of infrastructure independent of the project, information and timetables for commissioning the infrastructure.

a) to f) must be represented in an overview table for all electricity sources. For at least 60% of the required total electricity volumes during the project's implementation period, Heads of Terms (HoT) or other forms of pre-contractual signed term sheets must be provided, containing points a) to f) above.

Where the electricity provider is the same legal entity as the beneficiary, a letter signed by a director/senior executive of the beneficiary can be provided instead of HoT, explaining how the renewable energy is produced and reserved internally for the production of RFNBO hydrogen by the project. The letter should contain points a) to f) above.

The evidence of a renewable electricity sourcing strategy must be consistent with the bid and the financial information file, as well as basic project parameters like the assumed full load hours, hydrogen off-take profile or electrolyser efficiency presented in the application forms.

2. Hydrogen off-take and price hedging strategy

The hydrogen off-take and price hedging strategy must show that the project has a credible plan and has taken initial pre-contractual steps towards securing the off-take for the produced volumes of RFNBO hydrogen as stated in the bid.

Expected off-takers must be listed with the following:

- j) Name of the off-taker.
- k) Sector and sub-sector of the off-taker. Please refer to the sector categorization provided in Form C).
- l) Off-take volumes

- m) Pricing structure (fixed price, price floor, floating, indexed etc.).
- n) Duration of the off-take agreement.
- o) Method of delivery.
- p) Where the delivery of the hydrogen to an off-taker is dependent on significant energy infrastructure that needs to materialise on time (e.g. pipelines) or other installations beyond the boundaries of the project, please describe and provide a timeline (including permitting) for that energy infrastructure to become operational in line with the maximum time to entry into operation required in the auction.

a) to f) must be presented in an overview table for all off-takers.

For at least 60% of the RFNBO hydrogen production volumes during the project's implementation period, Heads of Terms (HoT) or other forms of pre-contractual signed term sheets with (an) off-taker(s) must be presented, containing points a) – f) above. 9 Location and bidding zone of the asset(s).

As a general rule, the 'off-taker' will be the entity to which the renewable hydrogen, as stated in the bid, is supplied to. If the 'offtaker' is the same legal entity as the beneficiary of the auction, the project will be considered an 'integrated project'. In the case of integrated projects:

- The bidder must present a letter signed by a director/senior executive of the beneficiary containing points a) to f) above explaining how 60% of the RFNBO hydrogen production volumes during the project's implementation period are reserved internally for self-consumption. The information reflected in the letter should be the same as that required in the HoT of a third party off-taker except that instead of the name of the off-taker one should indicate one's own asset within the project.
- If the hydrogen is transformed/used within the integrated project (e.g., producing ammonia, methanol), the project must also present Heads of Terms (HoT) or other forms of pre-contractual signed term sheets with off-taker(s) containing points a) – f) above concerning the volumes of derivative product that are equivalent to 60% of the RFNBO hydrogen production volumes, as stated in the bid, during the project's implementation period. Information in point c) must also mention the expected conversion factor from the volumes of RFNBO hydrogen to the final derivative product volumes. If the hydrogen is transformed into a derivative fuel for bunkering activities in the maritime sector, as 'off-taker' will be

considered the entity taking the derivative product from the 'integrated project' (this aspect concerns the eligibility conditions under the maritime topic)

All projects must present an hydrogen off-take and price hedging strategy that shows that the project has considered hedges against the variability risk of prices of electricity supply and off-take. Particularly, to mitigate the risk of production stops or schedule alterations due to unforeseen revenue decreases or cost increases (assessed in conjunction with evidence provided in the renewable electricity sourcing strategy). There needs to be substantial symmetry between the price structure of the expected renewable electricity sourcing and the expected off-take arrangements.¹³

For being eligible under the maritime topic a project must present in its application, and as part of the documentation for its offtaker strategy, HoTs or other forms of pre-contractual signed term sheets with (an) off-taker(s) belonging to the maritime sector for at least 60% of the RFNBO hydrogen production volumes, as stated in the bid, during the project's implementation period.

An off-taker will be considered to belong to the maritime sector, if it will use the hydrogen or the hydrogen derivative produced by the project for carrying out/making use of bunkering activities¹⁴ in ports within the EEA. Fuel traders and/or intermediaries (including storage facilities), are not eligible as off-takers, neither are virtual agreements, under the maritime topic. To justify its claim, the hydrogen off-take strategy presented with the bid must include a self-declaration from the off-taker confirming that it belongs to the maritime sector, together with the following documentation:

- a) a) If the off-taker is a shipping company making use of bunkering activities, the Maritime Operator Holding Account (MOHA) number of that company and/or the IMO unique company and registered owner identification number, or proof of maritime chartering agreements in the case of bareboat charterers
- b) b) If the off-taker is a provider of bunkering activities (including fuel supply, and operation of bunkering), endorsement letter from a maritime authority (e.g

¹³ E.g. the expected shares of fixed and floating pricing structures should match between the renewable electricity sourcing strategy and the offtake arrangements.

¹⁴ bunkering is the supply of solid, liquid or gaseous fuels or any other source of energy used for propulsion of ships or for the general or specific energy supply on board ships

EMSA), Industry Associations (e.g International Bunker Industry Association, SGMF, etc), Port Authorities (e.g Port of Rotterdam) or a valid statement of a third party auditor.

3. Electrolyser procurement strategy

The submitted electrolyser procurement strategy must include a Memorandum of Understanding, Letter of Intent or another form of pre-contractual signed term sheet¹⁵ with an electrolyser manufacturer and must include at least the following elements:

- c) Type of technology
- d) Declaration on company which will produce the electrolyser and where the manufacturing of the electrolyser will take place
- e) Declaration of Origin: indication of the origin of the electrolyser stacks used in the project (in case of mixed origin which % is manufactured in the EEA)
- f) Electrolyser capacity in MWe
- g) Expected delivery date
- h) Terms of delivery
- i) Price
- j) Information of the standards the electrolyser will comply with
- k) Indication of percentage (%) of the value of the electrolyser allocated to critical raw materials as recorded in the fifth list of critical raw materials for the EU (Annex II, to COM (2023) 160)
- l) Information whether the electrolyser supplier has signed up to a responsible business code of conduct.
- m) Information whether the electrolyser supplier has an end of life / recycling strategy plans for the electrolyser
- n) Information about foreign financial contributions received by the manufacturer of the electrolyser (in the last 3 years)

4. Environmental permits

¹⁵ Note that only pre-contractual agreements are needed at bidding stage. Note also the requirement on start of works (in auction good)

Evidence of initiated process with relevant national or regional authority to receive an environmental permit for the RFNBO hydrogen production installation within the maximum time to entry into operation. The submitted documents must establish in a credible manner that the initiation of the process of obtaining a permit has been accepted by the relevant authorities and that the timeline of achieving the permit before the maximum time to entry into operation is realistic. The documentation provided will be assessed considering the national context, which you can also describe in your application. The document must also explain the water sources planned for the project

5. Grid connection permits

If the project will be using power from the electricity grid, credible evidence of ongoing process with relevant authority to receive a grid connection permit for the RFNBO hydrogen production installation within the maximum time to Entry into Operation. The submitted documents must establish in a credible manner that the initiation of the process of obtaining a permit has been accepted by the relevant authorities and that the timeline of achieving the permit before the maximum time to entry into operation is realistic. The documentation provided will be assessed considering the national context, which you can also describe in your application.

6. Completion guarantee letter of intent

A letter of intent to issue the completion guarantee (using the mandatory template provided alongside the call for proposals) from a bank or a financial institution, with the following minimum rating from at least one of these rating agencies: BBB- from S&P or Fitch, Baa3 from Moody's or BBB(low) from DBRS) established in an EU Member State). Financial institutions including banks or insurance companies (with the minimum required rating) can be accepted as guarantor even when they are affiliated to the beneficiary. The signed completion guarantee will need to be issued no later than two months after the receiving the evaluation result letter inviting successful applicants for the grant agreement preparation. The letter of intent provided at the bid stage (a mandatory template will be provided) which stating that the said financial institution will provide, if the project is selected for funding, a completion guarantee on behalf of the applicant, issued to the granting authority as beneficiary, for an amount corresponding to 8% of the maximum grant amount. The completion guarantee shall be valid from the moment of issuance until six months after the maximum time to entry into operation (i.e. after verification that the electrolyser capacity stated as part of the bid production capacity is operational).

7. Feasibility study

The feasibility study is a stand-alone mandatory document that should contribute to assess the maturity of the project at the moment of application. It must be drafted in accordance with the minimum requirements that will be established in a template available on EU Funding and Tenders Portal. Main sections of the feasibility study will be:

- Project description and requirements (including aspects such as objectives, resource and feedstock availability, equipment, location, situation of regulatory requirements, rights and licenses or public acceptance)
- Technology readiness, expected project output and impacts
- Project Organization, staffing and schedule
- Risks analysis and management

4. Teil IV: Rules on combination of support under the auction with other public support

This section describes the rules for combining the support awarded through this auction with other public support in the form of: either State aid (both notified e.g. under the CEEAG¹⁶ or the IPCEI Communication¹⁷ and not notified e.g. under the GBER¹⁸) or funding from EU programmes (e.g. Horizon Europe, Connecting Europe Facility, InvestEU).

Cases of combination of support marked **X** are not allowed.

A self-declaration will be required as part of the project application, stating that by the time of grant agreement signature the project will not be in any excluded cases of combined support.

¹⁶ https://competition-policy.ec.europa.eu/sectors/energy-environment/legislation_en

¹⁷ [IPCEI - European Commission \(europa.eu\)](#)

¹⁸ [Regulations - European Commission \(europa.eu\)](#)

Cases marked **V** are allowed.

For all cases of allowed combination of support (under the IF auction), please also note that there are also rules on combination of support that have to be respected coming from State aid requirements (e.g. in some case of funding gap assessment under CEEAG/IPCEI).

For avoidance of doubt, general measures such as general tax reduction measures applicable to all economic operators, when they are not State aid, fall outside the scope of this section.

Entity	Cases of combination of support that are not allowed	Cases that are allowed
RFNBO hydrogen producers signing Grant Agreement for an Innovation Fund auction grant ('IF auction project')	<p>X Combination with public support for RFNBO hydrogen producer's CAPEX or OPEX is not allowed.</p> <p>X For avoidance of doubt, compensation for indirect emission costs provided under the ETS State aid Guidelines¹⁹ is a form of State aid and cannot be combined.</p> <p>X For avoidance of doubt, reductions from levies or taxes which reflect part of the cost of providing electricity to the beneficiaries, e.g. reductions from network charges or from charges financing capacity mechanisms or reductions in electricity taxes (not covered by point 403 of CEEAG or equivalent points under other State aid frameworks) cannot be combined when they are State aid.</p>	<p>V Combination with previous public support for early project development stages such as: research, feasibility studies or FEED studies preceding the commercial operation is allowed.</p> <p>V Combination with previous public support for capacity development that is not part of the bid is allowed²⁰.</p> <p>V Combination with public support for energy infrastructure²¹ connected to the project (e.g. Connecting Europe Facility support) is allowed, provided that the energy infrastructure is not infrastructure dedicated to this project ("non-dedicated infrastructure").</p> <p>V Combination with reduction from levies on electricity consumption which finance energy and environmental policy objectives (as described in section 4.11 of CEEAG or equivalent measures under</p>

¹⁹ Communication from the Commission – Guidelines on certain State aid measures in the context of the system for greenhouse gas emission allowance trading post-2021, 2020/C 317/04.

²⁰ E.g. if a previous project stage of 5MWe of capacity has received public support, and a 15MWe capacity extension is bid into the auction, that bid is eligible. A combined 20MWe bid, comprising 5MWe previously supported would, however, not be allowed.

²¹ As defined in CEEAG (point 36 of section 2.4 Definitions).

		other State aid frameworks) ²² is allowed ²³ , even if these measures qualify as State aid.
Electrolyser manufacturers from whom IF auction projects will purchase equipment		V Public support provided to the electrolyser manufacturers supplying equipment for projects.
Renewable electricity installations ²⁴ from which IF auction project will source electricity	X For RFNBO hydrogen producers entering into operation as of 1 January 2028, in order to comply with the “additionality principle” established in the Delegated Acts of the Renewable Energy Directive (RED), the renewable electricity installation from which power is sourced cannot receive public support (except cases listed on the right).	<p>V For RFNBO hydrogen producers entering into operation before 1 January 2028, there is no need to apply the additionality requirement and renewable electricity installations can receive public support.</p> <p>V For RFNBO hydrogen producers entering into operation as of 1 January 2028, the “additionality principle” can be waived for renewable electricity installations if</p> <ul style="list-style-type: none"> → The grid has low emissivity (<18gCO₂/MJ) → The grid has a high share of renewables (>90%) <p>In such cases, renewable electricity and thus renewable electricity installations can benefit from public support.</p> <p>V For RFNBO hydrogen producers that are connected to installations generating renewable electricity with a direct line and not via the grid, the exclusion of public support does not apply.</p>

²² Measures notified that fall under point 403 and section 4.11 of CEEAG or similar measures, for example those that fall under Article 44 of GBER.

²³ Allowed for the 2024 auction round. If further auction rounds follow, this case of combined support may not be allowed.

²⁴ Rules stemming from Renewable Energy Directive Delegated Regulations on RFNBOs and notably “additionality principle”.

		Please consult the Renewable Energy Directive and its Delegated Acts for detailed rules.
<p>Direct consumers²⁵ of the output of IF auction projects.</p> <p>Only the output supported by the IF auction grant is concerned²⁶.</p> <p>Output of non-integrated projects is RFNBO hydrogen.</p> <p>Output of integrated projects²⁷ is the RFNBO hydrogen derivatives (e.g. ammonia, e-gas, e-fuels)</p>	<p>For non-integrated projects: X Direct consumers of the RFNBO hydrogen output that is supported by the Innovation Fund auction grant cannot benefit from public support for operational costs of their RFNBO hydrogen consumption levels²⁸.</p> <p>For integrated projects, e.g. ammonia producers: X Direct consumers of the RFNBO derivatives output that is supported by the Innovation Fund auction grant cannot benefit from public support for operational costs of their RFNBO hydrogen derivatives consumption levels²⁹.</p>	<p>V Direct consumers of the output of IF auction projects can benefit from public support for their CAPEX costs.</p> <p>V Direct consumers of the output of IF auction projects can benefit from public support for their energy infrastructure costs provided it is not energy infrastructure dedicated for this project only (“non-dedicated infrastructure”).</p>

²⁵ If and IF auction project sells to energy trader/aggregator, then the direct consumer is the entity buying from this energy trader/aggregator. Rules on combination of support do not apply further downstream – beyond the direct consumers.

²⁶ An example: a green steel producer secures 10% of its RFNBO hydrogen consumption from a hydrogen producer who won the IF auction. The requirement for off-takers not to benefit from aid for operational costs concerns only the volume of RFNBO hydrogen acquired that would be receiving support through the Innovation Fund 2023 Auction, i.e. the volume of hydrogen stated in the bid of hydrogen producer (in the example the 10% of RFNBO hydrogen consumption). The reminder: 90% of the steel producer RFNBO consumption can receive the operational support. If it cannot be differentiated which fraction of the off-taker’s hydrogen consumption receives other operational aid (e.g. aid is for the entire consumption volumes of the off-taker), this would be considered a breach of rules on combined support

²⁷ An ‘integrated project’ is one in which the off-taker of the renewable hydrogen, as stated in the bid, is the same legal entity as the beneficiary of the auction

²⁸ Such as support to (partially) cover the costs of procuring or using hydrogen

²⁹ Such as support to (partially) cover the costs of procuring or using hydrogen derivatives